Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 77 (1997)
Heft: 4

Artikel: Kritik der Hayek'schen Vernunft
Autor: Kley, Roland
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-165738

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

teilung, die etwa im Rahmen der Familien von Generation zu Generation seit Menschengedenken immer wieder erfolgt) auf immer wieder neu entstehende und – dezentral – zu ermöglichende Spontaneität und auf dezentrale Entscheidungsstrukturen ohne Umweg über einen staatlichen Zwangsapparat setzt, zeugt wohl eher von historisch erhärtetem Realitätssinn als von weltfremdem Idealismus oder gar manichäischem Dogmatismus. Ohne soziale Tugenden (im ursprünglichen Sinn von «Tauglichkeiten») kann keine Gesellschaft überleben. Aber wir haben seit der Inquisition und seit *Robbespierre* immer wieder erlebt, wie kläglich die Versuche scheitern, den Menschen einen allgemeinverbindlichen Kanon von Tugenden zwangsweise und kollektivistisch zu vermitteln und mit Folter und Feuer, mit der Guillotine oder – von *Rousseau* postuliert und von *Hitler, Stalin* und *Mao* praktiziert – mit andern Formen der Todesstrafe für sogenannte «Gesellschaftsfeinde» von Staates wegen zu erzwingen[11].

Natürlich befürwortet nicht jeder, der massvolle Interventionen für sinnvoll und notwendig hält, die erwähnten totalitären Exzesse, und es wäre töricht, zu behaupten, jede staatliche Intervention führe direkt zur totalitären Knechtschaft. Beim politischen *Handeln* ist diesbezüglich Kompromissbereitschaft stets notwendig, beim *Nachdenken* über den Staat, die Wirtschaft und die Gesellschaft ist Kompromisslosigkeit hingegen eine Tugend. Es ist das bleibende Verdienst von klassischen Liberalen wie Hayek, dass sie immer wieder auf den «Teufelskreis der Interventionen» hingewiesen haben. ✦

11 Herbert Lüthy, Tugend und Menschenrechte, Zürich 1989, S. 55.

Kritik der Hayek'schen Vernunft

Roland Kley, *geboren 1952, staatswissenschaftliches Doktorat an der Universität St. Gallen, zweites Doktorat in Politikwissenschaft an der Universität Oxford. Nach Tätigkeiten unter anderem an der ETH Zürich heute ordentlicher Professor für Internationale Beziehungen in St. Gallen und Mitglied des dortigen Instituts für Politikwissenschaft. Träger verschiedener wissenschaftlicher Auszeichnungen.*

Das Werk des ursprünglich österreichischen, dann aber zum britischen Staatsbürger gewordenen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlers *Friedrich A. von Hayek* hat bekanntlich eine sehr wechselhafte Aufmerksamkeit gefunden. Sein 1944 erschienenes Buch «The Road to Serfdom» machte ihn zum ersten Mal einer breiten Öffentlichkeit bekannt, erregte gleichzeitig aber in weiten Teilen der ökonomischen Profession Englands auch ziemliches Missfallen. Nachdem Hayek nicht zuletzt deshalb 1950 an die Universität Chicago gewechselt hatte, wurde es für lange Zeit ruhig um ihn. Das änderte sich, als in den siebziger Jahren der wirtschafts- und sozialpolitische Konsens der Nachkriegszeit zu zerbrechen begann. Hayeks Denken – er hatte 1974 den Nobelpreis erhalten – wurde vermehrt zu einem politischen Orientierungspunkt und im Grossbritannien der achtziger Jahre gar zum Regierungsprogramm. In den osteuropäischen Umwälzungen von 1989 schliesslich sahen manche die definitive Bestätigung seiner bereits in den dreissiger Jahren vertretenen Behauptung, Planwirtschaften könnten nicht funktionieren.

Geändert hat sich mit der veränderten Weltlage auch die Kritik an Hayek. Während sie früher oft pauschal angelegt war, gibt es, ausgehend vom angelsächsischen Raum, seit einiger Zeit Bemühungen, auf seine Thesen differenziert zu antworten. Als einen weiteren solchen Versuch begreift sich auch mein Aufsatz über Hayeks «wissenschaftliche» Verteidigung des Liberalismus, den *Robert Nef* als Bezugspunkt für seine Analyse der Hayek-Kritik gewählt hat.

Gegenüber dieser Kritik räumt Nef ein, Hayeks Werk weise wohl verschiedene Inkonsistenzen und Brüche auf. Trotzdem – so Nef – entspringe es einer ganzheitlichen Gesinnung. Allerdings bleibt er in der Folge die Antwort schuldig, welches denn jene Grundideen sind, die Hayeks Denken trotz aller Gegensätzlichkeiten eine gewisse Einheit verleihen und ihn unzweifelhaft zu einem klassischen Liberalen machen. Das ist in der Tat eine schwierige

Frage, und in der ausgedehnten Hayek-Literatur sind profilierte Antworten rar.

Übergreifende Einheit in Hayeks Denken?

John Gray hat in seinem Buch «Hayek on Liberty»[1] die erkenntnis- und informationstheoretische Seite von Hayeks Gesellschafts- und Wirtschaftsdenken hervorgehoben. Danach sind gesellschaftliche Institutionen und Verfahren vor allem auch daraufhin zu betrachten, wie sie praktisches Wissen erzeugen, bewahren und gesellschaftsweit zu nutzen ermöglichen. Unbestreitbar zeugen Hayeks Einsichten in die informationsverarbeitende Rolle des Marktes von seiner Originalität als ökonomischer Denker. Darüber hinaus spielen epistemologische Überlegungen in seinem ganzen Werk eine wichtige Rolle. Doch wenn es Überlegungen dieser Art sein sollten, die seinem Denken die gesuchte Einheit vermitteln: Worauf kann sich dann Hayeks Liberalismus stützen? Aus informationstheoretischen Erwägungen allein lässt sich, wie auch Gray feststellt, eine liberale Politik nicht begründen. Dazu sind Argumente genuin moralisch-politischer Natur unerlässlich.

Ist Hayek also in erster Linie zu lesen wie *John Rawls, Robert Nozick* und andere, die ihre normativen Prinzipien politischer Ordnung aus bestimmten moralisch-politischen Grundlagen heraus entwickeln? In seiner Studie «Hayek and Modern Liberalism»[2] hat *Chandran Kukathas* dessen moralische Fundamente untersucht. Kukathas, der dem Denken Hayeks durchaus wohlgesinnt ist, gelangt nach einer sehr genauen Analyse zu einem unmissverständlichen Ergebnis: Hayeks Liberalismus lasse eine konsistente moralisch-politische Grundlage vermissen; seine normative Theorie politischer Ordnung sei eine hoffnungslos widersprüchliche Collage konservativer, utilitaristischer und *kant*ischer Elemente.

Vor diesem Hintergrund ist mein Aufsatz über Hayeks *«wissenschaftliche»* Verteidigung des Liberalismus zu sehen[3]. Dieser Aufsatz und auch mein Buch «Hayek's Social and Political Thought»[4] sind zunächst einmal Versuche, in Hayeks Denken doch noch eine gewisse Einheit und Gesamtperspektive zu erkennen. Was Hayek im Grunde genommen anstrebe, sei – so meine dort vertretene These – eine *instrumentelle* Rechtfertigung der Kerninstitutionen einer liberalen Marktgesellschaft. Genauer: Hayek suche «wissenschaftlich» zu beweisen, dass nur der liberale Koordinationsmechanismus, der Markt, nicht aber sein sozialistisches Gegenstück, der Plan, allgemeine Wohlfahrt zu schaffen und den gesellschaftlichen Frieden zu wahren vermöge.

Nef scheint die von mir vorgeschlagene Interpretation abzulehnen. Er weist auf die intellektuelle Bescheidenheit Hayeks hin, der *«für keine seiner Schriften* (...) *wissenschaftliche Unanfechtbarkeit»* beansprucht habe. Hayek aber hat diesen Anspruch sehr wohl erhoben. Um unter den zahlreichen Belegstellen nur zwei zu wiederholen: Eingangs seiner Trilogie «Recht, Gesetzgebung und Freiheit» schreibt Hayek, als eines der wichtigsten Ergebnisse seiner Studie erscheine ihm *«(d)er Nachweis, dass die Differenzen zwischen Sozialisten und Nicht-Sozialisten letztlich auf rein intellektuellen Streitpunkten beruhen, die eine wissenschaftliche Lösung zulassen»*. Und in seinem letzten Buch, «The Fatal Conceit», führt er aus, es sei seine Absicht zu zeigen, *«(t)hat the socialists are wrong about the facts»* – im Irrtum über Tatsachen also, die wissenschaftlich entscheidbar sind.

Immanente Kritik

Angesichts der interpretatorischen Meinungsunterschiede, worin die grossen Linien seines Denkens bestehen, und angesichts der leidenschaftlichen Reaktionen, die sein Werk noch immer hervorruft, scheint eine immanente Kritik als Beurteilungsmethode am besten geeignet. Eine solche Kritik akzeptiert weitgehend den von Hayek gewählten Bezugs- und Begriffsrahmen. Die gravierendste Schlussfolgerung bestünde in der Feststellung, sein Denken scheitere an unüberbrückbaren eigenen Widersprüchen. Eine immanente Kritik vermag den Anliegen sowohl von Hayeks politischen Gesinnungsgefährten als auch jenen seiner Gegner Rechnung tragen. Denn einerseits lässt sie sich auf eine detaillierte Auseinandersetzung ein, andererseits begnügt sie sich nicht damit, lediglich einmal mehr seine Ansichten zu wiederholen,

1 John Gray: Hayek on Liberty, Blackwell, 2nd ed., Oxford 1986.

2 Chandran Kukathas: Hayek and Modern Liberalism, Clarendon Press, Oxford 1989.

3 Roland Kley: F. A. Hayeks «wissenschaftliche» Verteidigung des Liberalismus: eine Kritik, Zeitschrift für Politik, 40 (1993), 30–59.

4 Roland Kley: Hayek's Social and Political Thought, Clarendon Press, Oxford 1994.

sondern unterwirft sie einer rigorosen Prüfung.

Es dient einer sachlichen Auseinandersetzung daher nicht, wenn Robert Nef meine aufgrund einer solchen immanenten Kritik formulierten Einwände umstandslos als *«etatistisch», «interventionistisch», «linksliberal»* und *«sozialdemokratisch»* etikettiert und sie dadurch von vornherein ideologisch abstempeln will.

Was nun die Einwände betrifft, die Nef im einzelnen gegen meine Hayek-Kritik vorträgt, so werfen sie zahlreiche Probleme auf. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil er hinter dieser Hayek-Kritik gewöhnlich stets nur *«Missverständnisse»* zu erkennen glaubt. So beruht für ihn meine Feststellung, Hayek fehle es an einer tauglichen Theorie der individuellen Freiheitsrechte, auf einem Missverständnis über dessen Freiheitsbegriff. Ebenfalls einem Missverständnis entspringt offenbar die Forderung, als Liberaler müsse Hayek auf die Frage, welchen rechtlichen Rahmenbedingungen der Markt zu unterstellen und um welche weiteren Mechanismen er allenfalls zu ergänzen sei, eine prinzipien- oder kriteriengestützte Antwort haben. Einem weiteren Missverständnis erliegt meine Hayek-Kritik *«rund um die sogenannte Selbstregulierung durch Marktkräfte»*. Schliesslich missverstehe ich Hayek anscheinend noch einmal, weil ich ihm eine Staats- und Wirtschaftstheorie unterstelle, während dieser doch in erster Linie an einer anthropologischen, historisch fundierten Gesellschaftstheorie interessiert gewesen sei.

Hayek und die Verteilungsproblematik

Missverständnisse also zuhauf. Diese zu zerstreuen und nachzuweisen, dass sie in Wirklichkeit doch keine sind, würde den Rahmen der vorliegenden Erwiderung bei weitem sprengen. Zugegeben: Niemand ist vor Fehldeutungen gefeit. Es muss daher in jeder Debatte um Hayek ein vorrangiges Postulat sein, die inhärenten Widersprüche und Spannungen ausdrücklich zu formulieren und sie nicht einfach zu verharmlosen oder gar unter den Tisch zu wischen. Was damit gemeint ist, sei hier nur an zwei besonders wichtigen Fragenkomplexen illustriert: am Verteilungsproblem und am Verhältnis zwischen Hayeks klassischem Liberalismus und seiner Theorie kultureller Evolution.

Es ist Hayek selbst, der die Errichtung eines sozialen Sicherheitsnetzes vorschlägt.

Entgegen dem Eindruck, den Nef erweckt, ist es Hayek selbst, der befürchtet, die stark ungleiche Verteilung im Markt könnte eine soziale Unrast erzeugen, welche am Ende die Stabilität der Marktgesellschaft als ganzer bedroht. Und es ist Hayek selbst, der als Konsequenz daraus die Errichtung eines sozialen Sicherheitsnetzes vorschlägt, ja sogar mehrmals die Einführung eines *«Mindesteinkommens für alle»* in Betracht zieht. Zwar stützt er sich dabei nicht auf Gerechtigkeitsargumente, sondern bloss auf Klugheitsüberlegungen und das Mitleidsgefühl. Doch dies ändert nichts an der Tatsache, dass Hayek für Umverteilung eintritt.

Wie wäre dieses Sicherheitsnetz einzurichten? Hayek fordert keineswegs, alle derartigen Verteilungsarrangements seien radikal aus dem staatlichen Institutionengefüge auszugliedern und gänzlich der individuellen Initiative im privaten, zwischenmenschlichen Bereich zu überlassen. Wer wie Nef den Staat von sämtlichen *«Aufgaben der allgemeinen Verteilung und Umverteilung befreien»* will, kann sich deshalb nicht auf Hayek als Gewährsmann stützen. Und wem es etwa gefallen sollte, entsprechende Steuern als Diebstahl zu bezeichnen, der muss sich mit einschlägigen Argumenten anderswo behelfen. Hayek hält also Verteilungsgerechtigkeit für unmöglich, plädiert gleichzeitig aber durchaus für beträchtliche Umverteilungsmassnahmen. Diese Position birgt innere Spannungen. Aber Hayek ist kein Apologet des Minimalstaates.

Klassischer Liberalismus und die Theorie kultureller Evolution

In Hayeks politischer Grundhaltung nun lassen sich tiefgreifende, ja, fundamentale Widersprüche nicht übersehen. Manches in seinem Denken lässt Hayek als klassischen Liberalen erscheinen, der ein erhebliches Mass an staatlicher Tätigkeit zulässt, solange jedenfalls, als sich diese an das Rechtsstaatsprinzip der *rule of law* hält. Gleichzeitig (und in seinen späteren Arbeiten immer stärker) vertritt Hayek aber auch eine Theorie kultureller Evolution. Dieser zufolge haben sich die Rechts-

regeln, Institutionen und moralischen Traditionen der (liberalen) Gesellschaft in einem Jahrtausende dauernden Prozess kultureller Variation und Selektion als überlegen herausgestellt. Weil sie evolutionär entstanden seien, so behauptet Hayek nun, verkörperten diese Regeln, Institutionen und Traditionen die kollektiven Erfahrungen Hunderter von Generationen und besässen eine *«soziale Weisheit»*, deren die individuelle menschliche Vernunft unfähig sei.

Hayek möchte diese Theorie kultureller Evolution nicht bloss als rückwärtsblickende Geschichtsphilosophie verstanden wissen. Vielmehr glaubt er, dieser Theorie auch praktische Schlüsse für die Zukunft entnehmen zu können. So betrachtet er seine Evolutionstheorie als unwiderleglichen Beweis, dass alle «konstruktivistischen» Versuche zu grösseren gesellschaftlich-politischen Reformen die Grenzen der menschlichen Vernunft überstiegen und deshalb letztlich zum Scheitern verurteilt seien. Und er folgert daraus die zwingende praktische Notwendigkeit, sich auch künftig an die evolutionär entstandenen Regeln zu halten und deren – evolutionären – Weiterentwicklungen zu folgen. Robert Nef nimmt diese evolutionistische Sicht in seine Behauptung auf, die Kombination von Markt, kultureller Evolution und minimalem Staat sei zukunftsträchtiger als jede andere Idee.

Dass Hayeks Theorie kultureller Evolution fatale innere Mängel aufweist und einer kritischen Prüfung nicht standzuhalten vermag, muss im folgenden unerörtert bleiben[5]. Ausdrücklich in Frage zu stellen ist hier jedoch die praktisch-politische Orientierungskraft, die Hayek und seine liberalen Freunde dieser Evolutionstheorie zuschreiben. Denn sie enthält nicht den geringsten Hinweis darauf, dass die im evolutionären Auswahlprozess überlebenden Regeln und Institutionen stets zwingend klassisch liberaler Art wären.

Weshalb sollte die von Hayek beschriebene kulturelle Evolution einen unwiderruflichen Trend hin zu einer liberalen Marktgesellschaft aufweisen? Auch ist durch nichts sichergestellt, dass einmal liberale Gesellschaften immer liberal blieben. Von einem evolutionistischen Standpunkt aus betrachtet sind sowohl der absolutistische Staat, der klassisch liberale Staat (sofern es ihn je gab) wie auch der bei Nef so ungeliebte Wohlfahrts- und Interventionsstaat nur vorübergehende Episoden einer evolutionären Entwicklung, die immer wieder neue Regel- und Institutionenvarianten produzieren wird. Evolutionstheoretisch gesehen verkörpern liberale Prinzipien und Institutionen nichts intrinsisch Wertvolles. Sie sind nicht mehr als momentane, evolutionäre Anpassungen, die unter geänderten Überlebensbedingungen hinderlich werden und anderen Platz machen. Wer im Ernst Hayeks Evolutionstheorie zum Bestandteil seines politischen Programms macht, verrät daher blanke Unkenntnis über ihre praktische Folgenlosigkeit. Oder aber, nicht weniger schlimm, er kaschiert damit das Fehlen jeder eigenen inhaltlichen Vorstellung darüber, wie denn die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen der Gegenwart gestalterisch zu bewältigen sind.

Weshalb sollte die von Hayek beschriebene kulturelle Evolution einen unwiderruflichen Trend hin zu einer liberalen Marktgesellschaft aufweisen?

Eine bleibende Aufgabe

Die Unvereinbarkeit von klassischem Liberalismus und blindem Vertrauen in eine angebliche kulturelle Evolution ist wahrscheinlich das eklatanteste Beispiel für die grundlegenden Widersprüche, die Hayeks Denken kennzeichnen. Diese Widersprüche machen es unmöglich, Hayek als unerschütterlich klassischen Liberalen und sein Werk als Verkörperung einer profunden liberalen Vision darzustellen. Hayek mag gewisse Denkanstösse vermitteln. Doch die Aufgabe bleibt: selber weiterzudenken, welches die Grundprinzipien liberaler Humanität sind und wie sie heute, unter den Bedingungen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels, aufs neue zur Geltung gebracht werden können. ✦

5 Ausführlich dazu: Kley: Hayek's Social and Political Thought, S. 156–183. – Sehr konzis auch: Anthony de Jasay: Social Contract, Free Ride, Clarendon Press, Oxford 1989, S. 76–80.